Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Bezugspreis: monatlich Mark 16.— durch die Austräger ins Haus; durch die Post bezogen vierteljährlich Mark 48.00, monatlich Mark 16.00.
Anzeigenpreis (einschließl. Anzeigensteuer): im Amtsblattbezirk der Raum der 1sp. Grundzeile 3.00 Mk., auswärts 3.50 Mk., im amtlichen Teil die Zeile 12 Mk., auswärts 14.— Mk., im Reklameteil die Petitzeile 12.— Mk., auswärts 14.— Mk.
Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 12206.

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Lößnitz, Neustädtel, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und des Amtsgerichts zu Aue.

Verlag C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Fernsprecher: Aue 31, Lößnitz (Amt Aue) 440, Schneeberg 10, Schwarzenberg 19. Drahtanschrift: Volksfreund Auerzgebirge.

Anzeigen-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Hauptgeschäftsstellen. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen an vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, auch nicht für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen. – Für Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung. – Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Ansprüche. Bei Zahlungsverzug und Konkurs gelten Rabatte als nicht verdient.
Hauptgeschäftsstellen in Aue, Lößnitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 82. Donnerstag, den 6. April 1922. 75. Jahrg.

Die Maul- und Klauenseuche ist erloschen unter dem Viehbestande: 1. des Spediteurs Max Friedrich in Bernsbach, Ortsl.-Nr. 18; 2. des Gutsbesitzers Paul Klötzer in Zschorlau, Ortsl.-Nr. 25.
Die mit Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg vom 22. Februar ds. Js. (Erzgeb. Volksfreund Nr. 47 vom 24. Februar 1922) und vom 3. März 1922 (Erzgeb. Volksfreund Nr. 55 vom 5. März 1922) angeordneten Schutzmaßregeln werden aufgehoben.
Die Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, am 3. April 1922.

Auf Blatt 43 des hiesigen Handelsregisters, betr. die Firma Gotthold Heinz in Johanngeorgenstadt, ist heute eingetragen worden: Gesamtprokura ist erteilt a) dem Buchhalter Johann Neuburger; b) dem Buchhalter Richard Paul Rohm, beide in Johanngeorgenstadt.
Amtsgericht Johanngeorgenstadt, am 3. April 1922.

Nutzholzversteigerung. Schneeberger Stadtwald.

Bahnhofsgastwirtschaft Oberschlema.
Dienstag, den 11. April 1922 von vorm. 1/2 9 Uhr an
645 Nadelholzstämme 10—15 cm, 535 N.-Klötzer 6—15 cm, 179 N.-Derbstangen 10—15 cm, 278 N.-Stämme 16—35 cm, 46 N.-Klötzer 16—51 cm
auf den Schlägen in Abt. 3 und 5 und einzeln in Abt. 27 und 29.
Schneeberg, am 4. April 1922. Die Forstverwaltung.

Holzversteigerung. Neudorfer und Unterwiesenthaler Staatsforstrevier.

Gasthof Kaiserhof in Neudorf, Montag, den 10. April 1922, vorm. 10 Uhr:

a) Neudorfer Revier:
2536 Klötze, 7—12 cm; 1831 Klötze, 13—15 cm; 2449 Klötze, 16—22 cm; 1426 Klötze, 23—29 cm; 575 Klötze, 30—36 cm; 185 Klötze, 37 und mehr cm Oberstärke, 3½ bis 4½ Mtr. lang. Kahlschlag Abteilung 55, Einzelhölzer Abt. 80—90 I, 97, 117, 118.

b) Unterwiesenthaler Revier:
48 Stämme, 10—15 cm; 62 Stämme, 16—19 cm; 35 Stämme, 20—22 cm; 12 Stämme 23—29 cm; 1 Stamm, 30 cm Mittenstärke; 3580 Klötze, 7—12 cm; 1025 Klötze, 13—15 cm; 1520 Klötze, 16—22 cm; 730 Klötze, 23—29 cm; 240 Klötze, 30—36 cm; 50 Klötze, 37 und mehr cm Oberstärke, 3½ und 4 Mtr. lang; 5 rm Nutzscheite, 10 rm Nutzknüppel. Kahlschlag Abt. 10, 17, 44; Durchforstung Abt. 10, 11.
Auskünfte durch die Revierverwaltung.
Forstrevierverwaltungen Neudorf und Unterwiesenthal, Forstrentamt Schwarzenberg, am 3. April 1922.

Die amtlichen Bekanntmachungen sämtlicher Behörden können in den Geschäftsstellen des „Erzgebirgischen Volksfreundes“ in Aue, Schneeberg, Lößnitz und Schwarzenberg eingesehen werden.

Dr. Köster als Erzieher.

—l. Der Reichsminister des Innern Dr. Köster, der im Reichstag die gestern vom „E. V.“ wiedergegebene Rede über den neuen Staatsbegriff hielt, ist einer von den Mehrheitssozialisten, die durchaus anders denken und fühlen, als die Parteiagitatoren draußen im Lande die Masse denken und fühlen lehren wollen. Wohl darf er den Parteimann nicht ganz verleugnen, sonst würde er am längsten Minister gewesen sein, aber er leistet sich doch nicht das, was sich andere Genossen aus Angst, ihre sog. Volkstümlichkeit zu verlieren, leisten zu müssen glauben. Insofern steht Köster über dem Durchschnitt der Parteigrößen. Vielleicht kann man seine Sinnesart mit der des sächsischen Ministerpräsidenten vergleichen, der allerdings, ein Kollege schlimmer Radikalinskis, eine weit schwierigere Stellung hat als Köster. Zu Bucks Gunsten nehmen wir immer noch an, daß er glaubt, durch sein Nachgeben und Ausharren das Schlimmste verhüten zu können. Immerhin sei uns die Meinung gestattet, daß diese Taktik dem Ansehen der Regierung und damit dem Staatsgedanken ungemein schadet, und daß es besser für Sachsen wäre, wenn Buck das Tischtuch zwischen sich und seinen Gegnern unter den sächsischen Ministern auch nach außen hin zerschnitte. Den unfruchtbaren mehrheitlichen-unabhängigen Versöhnungsbestrebungen wäre damit vielleicht kein guter Dienst getan, wohl aber dem Volke, auf das es doch zunächst ankommt.

Die Staatsgesinnung, über deren Mangel Köster beweglich klagte, kann vom deutschen Volke nicht verlangt werden, solange es den Eindruck hat, von Parteileuten regiert zu werden. Es war bisher gewohnt eine Regierung über sich zu haben, die sich frei von Parteileidenschaften hielt. Der Aufgabe, „den neuen Staatsbegriff in Deutschland zu stabilisieren,“ ist weder eine Regierung Wirth im großen noch eine Regierung Buck im kleinen gewachsen. Sie haben es nicht verstanden, die sittlichen Kräfte, die im deutschen Volke trotz allem schlummern, von neuem zu wecken, und werden es nie verstehen. Und ohne diese an einen Aufbau des Staatsbegriffes zu gehen, ist vergeblich.

Köster sprach die Ansicht aus, daß die Widerstände gegen den neuen Staatsbegriff auch durch „die großen wirtschaftlichen Organisationen bedroht“ werde, „die eine viel größere Macht zu erreichen suchten als im alten Deutschland“. Auf einen Zwischenruf bekannte er sich dazu, daß er mit diesen Organisationen nicht nur die Verbände der Unternehmer, sondern auch die Gewerkschaften meine. Die „Volksstimme“ ist nicht so tapfer wie Köster, denn sie unterschlägt dieses Geständnis in ihrem sonst recht ausführlichen Bericht. Wir meinen übrigens zu Kösters antigewerkschaftlicher Auslassung: die Gewerkschaften an sich sind ebenso wie die Organisationen der Unternehmer gerade zur Stabilisierung des deutschen Staatsbegriffs unbedingt notwendig. Der Fehler liegt nur darin, daß die Erziehung der Gewerkschaften dazu zu wünschen übrig läßt. Sie werden von den Köster politisch Nahestehenden zum Gegensatz des Staatsbegriffs d. i. zur Staatsverneinung erzogen, indem man ihnen das Dogma des Klassenhasses und Klassenkampfes mit allen Mitteln und leider mit Erfolg einzuimpfen versucht. Staatsgesinnung und Klassenkampf vertragen sich schlechterdings nicht, das müßte die politische Logik dem Dr. Köster sagen.

Zwischen den Worten seiner Rede gibt Köster etwas verklausuliert zu, daß die „Pulverisierung“ des Staatsgedankens ebenso eine Folge der Umwälzung ist, wie die Zerstörung des Staatsbegriffes in einem Teile der Beamtenschaft. „Heute ist das Beamtentum gewissermaßen das Organ, mit dem sich das deutsche Volk selbst verwaltet,“ und „Gesinnungsschnüffelei werden wir gegenüber unseren Beamten nicht treiben“, meint Köster. Was aber meint sein Kollege in Sachsen, Lipinski? Nach ihm haben die Beamten ebenso wie er den Weisungen der unabhängigen Partei zu folgen, machen sie da nicht mit, so wird versucht, sie mit Stockschlägen auf den Magen dazu zu zwingen.

Köster ersehnt angeblich heiß den Aufbau des Nationalbewußtseins. Die Genossen im Lande predigen dessen Zerstörung und wollen den Internationalismus an seine Stelle setzen. Der Parteivorstand der sozialistischen Partei hat bereits wieder zur Feier des 1. Mai als des Weltfeiertags des internationalen Proletariats aufgerufen und allenthalben lehnt man in der Partei jeden Wunsch nach einem nationalen Gedenktag als chauvinistisch ab. „Das Nationalbewußtsein wird anknüpfen an die Tradition unseres Volkes und unsere Geschichte.“ Auch dieser Satz der Kösterschen Rede widerspricht den Tatsachen. Er verträgt sich durchaus nicht mit der sozialdemokratischen Bilderstürmerei und mit der Methode, alles in den Dreck zu ziehen, was an Deutschlands große Vergangenheit erinnert. Wir haben noch nichts davon gehört, daß Dr. Köster die Ueberlieferung mit der Tat ehrt, daß er dem traditionslosen und pietätlosen Gebahren seiner Genossen entgegengetreten ist. Solange seinen Worten der tatsächliche Hintergrund fehlt, wird Köster niemanden von etwas anderem überzeugen können, als daß seine schönen Reden über Nationalbewußtsein und Staatsgesinnung nichts als Schaumschlägereien sind. Die Erzieher des deutschen Volkes müssen ganz anders aussehen als Dr. Köster und seine Genossen.

Die Freibriefe für Genua.

Ka. Nachdem der Reichskanzler am vorigen Mittwoch vom deutschen Reichstag seinen Freibrief für Genua ausgestellt bekommen hatte, nahm am Dienstag sowohl die französische Kammer für Poincare als auch das englische Unterhaus für Lloyd George mit fast gleich großen Mehrheiten Vertrauenskundgebungen an. Beide Ministerpräsidenten können sich in ihren Parlamenten auf eine weitaus größere Koalition stützen als es Dr. Wirth möglich ist, ein Umstand, der dem deutschen Reichskanzler nicht gerade seine Stellung erleichtert, an dem er und seine Politik aber die alleinige Schuld trägt.

Der gefestigste der drei mit Vertrauen begnadeten Staatsmänner, die sich zur Reise nach Genua anschicken, ist Poincare, wobei es einen besonderen Nebengeschmackes nicht entbehrt, daß gerade dieser Ministerpräsident immer noch nicht sich klar darüber ausgesprochen hat, ob er überhaupt von diesem Freibrief nach Genua Gebrauch machen wird, oder ob er es vorzieht, als ruhiger Beobachter in Paris die Entwicklung der Genueser Konferenz abzuwarten und an seiner Stelle vielleicht Tardieu in die italienischen Gefilde zu entsenden. Er würde sich auf diese bequeme Weise zugleich eines nicht zu verachtenden Gegners entledigen, der in der französischen Kammer Anstalten macht, gegen ihn das gleiche chauvinistisch radikale Intriguenspiel anzuzetteln, wie er es selbst gegenüber Briand während der Konferenz von Cannes getrieben hat. Der größte Schreier findet immer in der französischen Kammer die größte Mehrheit, und obwohl Poincare sich fast an Lügen und Verleumdungen Deutschlands überschrie, bewies Tardieu eine noch kräftigere Lunge. Immerhin hat den Mann, der „den Krieg wollte“, genügend Meriten in den Augen des „bloc national“, um von der extremsten Rechtsopposition nicht allzu viel fürchten zu müssen, wenn es ihm nur gelingt, seine bisherige Politik gegenüber Deutschland fortzusetzen. Er vermag also zuerst einmal mit Ruhe alles Weitere abzuwarten.

Nicht so Lloyd George. Er hat im Unterhaus nach einer mehrstündigen Rede zwar auch ein Vertrauensvotum erhalten, das ebenso wie in der französischen Kammer eine aus der Mitte und der gesamten Rechten zusammengesetzte Mehrheit umfaßte. Aber diese Mehrheit ist in sich um vieles zerklüfteter, als es der bloc national in Frankreich ist, und die Opposition der linken Mehrheit hat in England einen ganz anderen Einfluß, als ihn die vereinigten Sozialisten und Kommunisten in Frankreich aufzubringen vermögen. Die Schwierigkeiten, die Lloyd George mit seiner Koalition hatte, sind aus den Nachrichten, die in der letzten Woche aus London kamen, genügend bekannt. Das durch die Wirtschaftsnot und die Arbeitslosigkeit bedingte Anschwellen der englischen Arbeiterparteien darf aber auf eine noch weit ernstere Beachtung Anspruch machen. Es ist nicht unmöglich, daß der Arbeiterführer Clynes, der dem Vertrauensvotum eine Mißtrauenskundgebung entgegensetzte, einer von den Trägern ist, die vor der Türe warten, um die Leiche Lloyd Georges aus dem Kabinett hinauszutragen. Seine Zeit ist aber noch nicht gekommen.

Die ganze Tonart, die der englische Premier bei seiner Rede anschlug, beweist, daß es ihm darauf ankam, den bisherigen Regierungsblock zusammenzuhalten, eine Aufgabe, deren Lösung nur dadurch möglich wurde, daß er eigentlich nichts Neues sagte und alle schwierigen Probleme geschickt umging. Mit einem ungewöhnlichen Reklameeifer hatten die englischen Regierungsblätter bereits seit Tagen auf die weittragende politische Bedeutung der bevorstehenden Rede hingewiesen und nun zeigt es sich, daß sehr viel Geschrei für wenig Wolle gemacht wurde. Näher besehen ist diese Rede ein offenbarer Umfall, und zwar ein Umfall vor den konservativen Kreisen Englands, die immer noch in einer engen Freundschaft zu Frankreich das Heil Britanniens erblicken. Es ist deshalb auch kein Wunder, daß die französische Presse vor Befriedigung ob dieser Erklärung Lloyd Georges überfließt und daß die Börse mit einem neuen Kurssturz der Mark reagierte. Der englische Ministerpräsident hat sich im Prinzip vollkommen der Denkschrift Poincares für Genua angeschlossen. Das Programm für Genua ist, wie die „Westminster Gazette“ das sehr richtig bezeichnet, „zaghaft“ geworden und „Daily Herold“ beleuchtet die Situation ebenso zutreffend, wenn er sagt, Lloyd Georges Hände seien gebunden; auf Befehl Poincares und der englischen Konservativen habe er aus seinem Programm für Genua die beiden wesentlichsten Punkte, nämlich die Revision der deutschen Reparationen und die Anerkennung der Sowjetregierung herausgestrichen. Das ist eine Kritik, der von deutscher Seite nichts hinzugefügt zu werden braucht, es sei denn, man wäre Optimist im Stile Wirths, der immer noch glauben mag, daß in einer Erklärung Lloyd Georges eine begründete Hoffnung für die Zukunft zu erblicken sei. Diese Erklärung ist die Redewendung, daß die Leistungsfähigkeit Deutschlands und seine Zahlungsmöglichkeit vom Wiederaufbau Rußlands abhänge. Gewiß kann aus dieser Redewendung geschlossen werden, daß England der Ueberzeugung ist, Deutschland sei gegenwärtig an der Grenze seines Vermögens angelangt. Eines solchen Schlusses aber bedarf es nicht, da diese englische Ueberzeugung bereits eine altbekannte Tatsache ist, die führend in den Richtlinien unserer Erfüllungspolitik figuriert. Es kommt nicht auf die Ueberzeugung an, sondern es kommt darauf an, daß diese Ueberzeugung sich in befreiende Taten umsetzt.

Für solche Taten in Genua hat Lloyd George aber weder durch seine Rede einen Freibrief verlangt, noch hat er durch das Vertrauensvotum einen solchen Freibrief erhalten. Bleibt nur noch die Hoffnung auf Ueberraschungen. Man muß hoffen — sagt Reichskanzler Wirth.

Deutsche Noten an die Entente.

Berlin, 4. April. Die deutsche Regierung wird nicht bloß die Note des Generals Nollet vom 23. März über die Schutzpolizei in den nächsten Tagen beantworten, es besteht vielmehr die bestimmte Absicht, auch die Antwort, mit der die Reichsregierung die von der Reparations-Kommission geforderten 60 Milliarden neuer Steuern als unmöglich und mit anderen Bedingungen als Eingriff in die Hoheitsrechte der Nation ablehnt, noch vor Genua fertigzustellen. Diese Antwort bildet gegenwärtig den Gegenstand von Ressortverhandlungen. Sie soll aber noch vor der Abreise des Reichskanzlers dem hiesigen Vertreter der Reparationskommission übergeben werden.

•

München, 4. April. Zu der Note des Generals Nollet, betreffend die deutsche Schutzpolizei, wird amtlich verlautbart, daß auch im bayerischen Ministerrat, sowie mit den Führern der Landtagsfraktionen die Frage eingehend erörtert wurde. Die endgültige Fassung der deutschen Antwortnote wird heute in einer Chefbesprechung in Berlin festgelegt werden, wozu sich der bayerische Minister des Innern, Dr. Schweyer, gestern abend nach Berlin begeben hat. Die bayerische Reigerung geht mit der Reichsregierung und den übrigen Landesregierungen darin einig, daß die Polizei keine militärische Einrichtung ist, und nach dem Friedensvertrag nicht sein darf. Ebenso fest bleibt sie aber mit den übrigen Landesregierungen darauf bestehen, daß die Polizei ein für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung brauchbares und genügendes Machtmittel sein und bleiben muß, da dieser Standpunkt die fundamentale Forderung staatlicher Lebensnotwendigkeit darstellt.

Das Reparationsproblem.

Berlin, 4. April. Die deutsche Delegation für Genua hat in der gestern unter Vorsitz Rathenaus stattgefundenen Sitzung beschlossen, daß in Genua die Reparationsfrage von Deutschland zur Aussprache gebracht werden soll.

Der Beschluß ist auf die Vorbesprechungen mit Sowjetrußland und zwei neutralen Staaten zurückzuführen.

•

Noch mehr Sachlieferungen.

Rotterdam, 4. April. „Daily Telegraph“ meldet aus Paris: am Freitag fand bei Boyden, dem amerikanischen Delegierten bei der Wiedergutmachungskommission, eine Konferenz der Delegierten derjenigen Staaten statt, die an der Finanzkonferenz in Paris nicht vertreten waren. Die Konferenz beschäftigte sich mit den Ansprüchen der Nichtsignatarstaaten Brasilien, Rumänien, Griechenland, Portugal, Tschechoslowakei und Polen auf die deutschen Sachlieferungen und beschloß, daß Bestimmungen darüber aufgestellt werden, in welcher Art und Weise diese Staaten von Deutschland Sachleistungen ähnlich denjenigen des Abkommens von Wiesbaden verlangen können.

Eine neue Schandtat im besetzten Gebiet.

Köln, 4. April. In Wahn bei Köln ist der Bauunternehmer Küster von einem französischen Besatzungssoldaten erstochen worden. Französische Soldaten verlangten in einer Wirtschaft Schnaps, den der Wirt verweigerte. Küster, der französisch